

P R e s s e

S P i e g e l

Polen - Pressespiegel 43/2023 vom 26.10.2023

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- *Prof. Antoni Dudek: Die PiS wird die Konflikte in der Regierung anheizen. „Ein turbulentes politisches Leben liegt vor uns“*
- *Ein rechtlich verminderter Staat - was will die künftige Koalition dagegen tun?*
- *Michał Kolanko: Politik kann nicht mehr so betrieben werden, wie es die PiS getan hat*
- *Wir haben ihnen eine Abreibung verpasst und was nun?*
- *Kiew und Brüssel - das sollten die ersten Besuche von Tusk sein. Noch bevor er Premierminister wird*
- *Die PiS-Ballade vom Schachspieler, beziehungsweise unerlaubtes Wahldoping*

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Prof. Antoni Dudek: Die PiS wird die Konflikte in der Regierung anheizen. „Ein turbulentes politisches Leben liegt vor uns“



Prof Antoni Dudek

Quelle: wyborcza.pl

Von **Magdalena Kursa**

„Die Opposition muss zeigen, dass sie miteinander auskommen kann, sie darf unvermeidliche Konflikte, z. B. über Positionen oder das Programm, nicht nach außen tragen. Die PiS wird alle Konflikte anheizen und darauf spielen, dass die Regierung ihre Mehrheit verliert“, sagt Prof. Antoni Dudek, Politikwissenschaftler und Historiker.

Prof. Antoni Dudek - Politikwissenschaftler, Historiker und Publizist, ordentlicher Professor an der Kardinal-Stefan-Wyszynski-Universität in Warschau. Von 1989 bis 2014 arbeitete er an der Jagiellonen-Universität. Im Jahr 2009 wurde er zum Professor für Geisteswissenschaften ernannt und von 2011 bis 2014 war er Leiter der Abteilung für zeitgenössische polnische Politik am Institut für Politikwissenschaft und internationale Beziehungen der Jagiellonen-Universität.

Magdalena Kursa: Bevor wir uns der Zukunft der neuen Regierung zuwenden, lassen Sie uns kurz auf die Wahlen zurückblicken, auf die Rekordbeteiligung und die langen Schlangen vor den Wahllokalen. Wir haben diese Bilder mit Rührung verfolgt. Warum eine so große Mobilisierung bei diesen Wahlen?

Prof. Antoni Dudek: Der Grund ist offensichtlich: die Polarisierung in Polen. Sie war schon vor vier Jahren extrem hoch, aber sie hat seither Fortschritte gemacht. In der Regel kritisiere ich die Polarisierung, aber in

diesem einen Fall zeigt sie ihre positive Seite: Sie erhöht die Wahlbeteiligung. Es war die Polarisierung, die viele Polen dazu gebracht hat, wählen zu gehen und sich in die Schlangen zu stellen. Stadtbewohner und junge Menschen waren stärker mobilisiert, was zu einem niedrigeren Ergebnis für die PiS führte, die mehr auf die Mobilisierung von Landbewohnern und älteren Menschen gesetzt hatte.

Nun, bei dieser Wahl ist etwas passiert, was es seit Jahren nicht mehr gegeben hat - junge Menschen sind in großer Zahl zur Wahl gegangen. Auch die Wahlbeteiligung der Frauen war höher. Warum gerade diese Gruppen?

Meiner Meinung nach wurden die eine und die andere Gruppe durch die Aussicht auf eine dritte Amtszeit der PiS mobilisiert. Diese Perspektive wirkte sich in einer Situation negativer Kampagnen der PiS negativ aus, die ihre Errungenschaften, z. B. im Bereich der Sozialpolitik, nur am Rande erwähnte, während sie sich darauf konzentrierte, die von Donald Tusk angeführte Opposition anzugreifen. Dies erwies sich als kontraproduktiv. Viele junge Menschen dachten, wenn die Politik in den nächsten Jahren so sein wird, dann vielen Dank. Das hat dazu geführt, dass die PiS in der Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen nicht einmal 15 Prozent erreicht hat, eine gigantische Niederlage. Ich möchte jedoch darauf hinweisen, dass ich, wenn ich von einer gigantischen Niederlage für die PiS spreche, nur die Ergebnisse bei den jungen Menschen meine – was das nationale Ergebnis angeht, hat es in der Geschichte der dritten Republik Polen noch nie eine Partei gegeben, die nach zwei Amtszeiten ein so hohes Ergebnis erzielt hat und die größte Fraktion im Sejm haben wird.

Die PiS hat nicht nur in den Städten und unter den jungen Menschen an Unterstützung verloren, sondern auch bei ihren Stammwähler. Dies zeigt sich zum Beispiel in Kleinpolen, das als eine der Bastionen des rechten Flügels gilt. In Podhale und Sądecczyzna verlor die PiS rund 20 Prozent der Stimmen.

Dies ist auch ein Ergebnis der hohen Wahlbeteiligung. Neue Wähler sind zur Wahl gegangen, nicht nur die jungen, sondern auch diejenigen, die normalerweise nicht wählen gehen. Die PiS hatte die bisher am stärksten mobilisierte Wählerschaft, mit ihrer Rhetorik hatte sie bereits die meisten mobilisiert, die sie mobilisieren konnte. Auf Seiten der Opposition gab es mehr Reserven. Als also neue Wähler hinzukamen, begann die Unterstützung der PiS zu schwinden. Der Opposition kam es auch zugute, dass sie keine gemeinsame Liste hatte. Diejenigen, die von der PiS desillusioniert waren, konnten für den Dritten Weg stimmen. Andernfalls wären viele von ihnen zuhause geblieben. Diese Liste wurde sicherlich durch den Slogan unterstützt: entweder der Dritte Weg oder eine dritte Amtszeit der PiS.

Die Polen, die stundenlang vor den Wahllokalen anstanden, haben der Opposition großes Vertrauen entgegengebracht. Diese Politiker tragen nun eine große Verantwortung. Was sollten die Oppositionsgruppen, die die neue Regierung bilden werden, tun, um sicherzustellen, dass dieses Vertrauen nicht missbraucht wird?

Die Opposition muss zeigen, dass sie miteinander auskommen kann. Allerdings darf sie nicht unvermeidliche Konflikte z. B. über Positionen oder das Programm austragen, sondern muss den bereits diskutierten Entwurf der Regierung oder Programmvorschläge präsentieren, denn die PiS wird alle Konflikte nur anheizen. Tja, und die Opposition muss die Beziehungen zu Präsident Duda gestalten. Der Konflikt auf dieser Linie kann in seiner Intensität variieren, aber die Opposition darf ihn nicht anheizen. Denn die neue Regierung, von der ich annehme, dass sie von der Opposition gebildet wird, wird für weitere anderthalb Jahre zu dieser Zusammenarbeit mit Präsident Duda verdammt sein.

In einem Interview habe ich Ihre Aussage gelesen, dass Tusk sich selbst beschränken sollte. Was hat es damit auf sich?

Die Frage ist, ob Tusk in der Lage sein wird, sich anders zu verhalten als zu den Zeiten, als er in einer Koalition mit der PSL regierte - diese Zusammenarbeit verlief, gelinde gesagt, nicht gut, was der Grund für die Abneigung der Bauernvertreter gegen die gemeinsame Liste ist. Als Ministerpräsident einer Regierung, die sich aus fünf Formationen zusammensetzt, muss er nun potenzielle Konflikte unter Kontrolle halten,

denn selbst die kleinsten Konflikte werden von der PiS angeheizt, die damit spielt, die Oppositionskoalition zu sprengen. Ich glaube nicht, dass es der PiS gelingen wird, diese Dreier-Koalition jetzt zu zerschlagen, aber wenn es Probleme bei der Erfüllung von Wahlversprechen gibt, wenn unterschiedliche Meinungen unter den Koalitionspartnern auftauchen, wie bestimmte Fragen zu lösen sind, wird die PiS dies ausnutzen wollen. Ich will damit nicht sagen, dass sie die [Bauernpartei] PSL sofort entwurzeln und mit ihr eine Koalition bilden wird, aber sie wird versuchen, die Opposition dazu zu bringen, ihre Mehrheit zu verlieren, um die Regierung zu einer Minderheitsregierung zu machen.

Diese Verfolgung von Konflikten hat sogar schon begonnen. Wladyslaw Kosiniak-Kamysz sagte diese Woche, dass Fragen der Weltanschauung nicht Gegenstand einer Koalitionsvereinbarung sein könnten, woraufhin Anna Maria Żukowska von der Linken sofort mit der Frage reagierte, ob dies auch für Fragen der Landwirte gelten sollte. Die schreibenden Medien griffen dies sofort auf.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, dass bei der Umsetzung bestimmter weltanschaulicher Forderungen, wie der Liberalisierung des Rechts auf Abtreibung, auch Präsident Duda ein Problem darstellen wird: Die Opposition verfügt nicht über eine Mehrheit, um ein Veto des Präsidenten zu überstimmen. Außerdem ist nicht bekannt, ob es im Sejm selbst eine Mehrheit für dieses Projekt geben würde; möglicherweise muss es bis zur nächsten Parlamentsübergabe warten. Es gibt viele Unbekannte, wir wissen noch nicht einmal, ob es eine Fraktion des Dritten Weges oder zwei getrennte Fraktionen geben wird. Die PSL wird die Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs wahrscheinlich nicht unterstützen, sondern eher für eine Rückkehr zum Status quo vor dem Urteil des Verfassungsgerichts eintreten. Und hier ergibt sich ein weiteres Problem. Das Verfassungsgericht ist mit Nominierten von der PiS besetzt, deren Amtszeit erst in ein paar Jahren abläuft.

Wenn wir über die Maßnahmen der neuen Regierung sprechen, sollten wir nicht vergessen, dass es auch noch die Polnische Nationalbank (sechsjährige Amtszeit des Präsidenten) oder das Polnische Fernsehen gibt - dessen Vorstand wird vom Nationalen Medienrat ernannt, dessen Amtszeit sechs Jahre dauert. Es gibt natürlich Gerüchte darüber, wie dies umgangen werden könnte, z. B. durch die Abschaffung der juristischen Person TVP, aber das ist ein anderes Thema.

Wie geht es in den nächsten Wochen weiter?

Das Szenario mit der Regierung Tusk ist fast schon eine ausgemachte Sache, obwohl natürlich immer etwas passieren kann. Die Regierung wird meiner Meinung nach eher im Dezember gebildet werden, und dann wird der Marsch nach oben beginnen. Die Regierung wird eine wirklich schwierige Situation haben, auch wegen der finanziellen Fragen. Sie wird den Haushalt für 2024 verabschieden müssen, dessen Entwurf von der PiS erstellt wird. Darüber wird es bereits Kontroversen geben.

Wie Sie sagen, wird ein Marsch bergauf beginnen.

Wir haben ein sehr turbulentes politisches Leben vor uns. Jetzt wird niemand mehr die Machtkonzentration haben, die Kaczyński hatte. Diese Macht, die Kaczyński in der Hand hatte, geht nun nicht direkt in die Hände von Tusk über, sondern ein Teil davon wird auch von anderen übernommen werden. Wir werden also beobachten können, wie die Inhaber dieser Macht miteinander kooperieren werden oder nicht. Ich erwarte ein Chaos. Nur eine Präsidentschaftswahl kann diese Regierung stärken. Dann könnte eine zweite Phase der Entmachtung der PiS folgen.

Zsfg.: JP

<https://krakow.wyborcza.pl/krakow/7,44425,30315384,prof-antoni-dudek-pis-bedzie-podgrzewac-konflikty-w-rzadzie.html>



ETAPPEN NACH EINER WAHLNIEDERLAGE

LEUGNEN
WUT
VERHANDELN
DEPRESSION
AKZEPTANZ

Zsfg.: JP

Ein rechtlich verminderter Staat - was will die künftige Koalition dagegen tun?



Quelle: kulturaliberalna.pl

Von **Jarosław Kuisz**

Die eintreffenden Wahlergebnisse lösen Jubel aus, zwingen aber auch zur Zurückhaltung. Nüchterer Enthusiasmus sollte jedoch nicht bedeuten, dass man sich überhaupt dem Enthusiasmus nicht hingeben sollte. Die Wahlen haben gezeigt, dass es noch immer ein mythisches „Freiheitsgen“ an der Weichsel gibt und dass Polen nicht Ungarn ist. Der 1989 begonnene Kampf für die liberale Demokratie wird also weitergehen.

Bis Mitternacht vor der Wahlkampfruhe wurde Polen buchstäblich mit Wahlkampfmaterial der Regierungspartei überschwemmt. Es war eine politische Sintflut. Quasi-dokumentarische Filme, Fernseh- und Radiospots, Plakate staatlicher Unternehmen forderten die Menschen auf, für die PiS zu stimmen. Wahlsspots der PiS unterbrachen Musik und Filme auf populären Portalen. Es war Propaganda ohne Grenzen.

Es schien, als würde die Maschinerie des Nationalpopulismus nach dem Motto „Wenn wir einmal an der Macht sind, geben wir sie nie wieder her“ einwandfrei funktionieren. Die Ergebnisse der letztjährigen Wahlen in Ungarn schienen diesen politischen Trend in Mittel- und Osteuropa zu bestätigen. Obwohl die ungarische Opposition geschlossen auftrat und eine Zeit lang in den Umfragen sogar führte, gewann der Guru des Illiberalismus, Viktor Orbán, im April 2022 erneut. In der Slowakei war kürzlich Robert Fico an die Macht zurückgekehrt. Es schien, als würde der Wind den Populisten in die Segel blasen.

Umso mehr, als die PiS ihr Bestes tat, um die Macht nicht abzugeben. Seit 2015 hält sie die Zügel des Staates fest in der Hand und hat über Nacht eine illiberale Wende vollzogen. Und der letzte Wahlkampf wurde von den Polen als der brutalste nach 1989 eingestuft - und sogar 57,6 Prozent der Befragten gaben in einer Umfrage der PiS die Schuld daran.

Erst in diesem Zusammenhang kann man verstehen, dass die Oppositionsparteien einen gigantischen Erfolg errungen hatten. Nach den letzten Umfragen lag die PiS mit 36,1 Prozent der Stimmen an erster Stelle. Die drei Oppositionsgruppierungen hingegen: Bürgerliche Koalition (31 Prozent), Dritter Weg (14 Prozent) und Linke (8,6 Prozent), erhielten insgesamt mehr Unterstützung. Der Argumentation halber sei erwähnt, dass die extreme Konföderation nur 6,8 % der Stimmen erhielt.

Das Wichtigste ist also, dass die Wähler entschieden haben, dass Polen nicht Ungarn ist. Die Mehrheit der Polen hat der Partei von Jarosław Kaczyński kein Mandat zum Regieren gegeben. Welche Schlussfolgerungen können daraus gezogen werden?

Polen gespalten, aber nicht dominiert

Erstens ist Polen politisch gespalten, wird aber nicht mehr von einer Partei dominiert.

Der politische Tsunami hat sich verlangsamt. Die PiS hat das wichtigste Argument der Populisten verloren, nämlich dass sie das Volk vertritt. Die Wahrheit ist jedoch, dass Kaczyńskis Partei nie das ganze Volk vertreten hat. Im Jahr 2015 gewann sie die Macht auf einer Welle des offensichtlichen Wunsches nach politischem Wechsel, aber auch durch Glück, da der Linken eine Hand voll Stimmen fehlte, um ins Parlament einzuziehen, und ihre Sitze an die größeren Gruppierungen gingen. Die Partei führte dann Schritt für Schritt strukturelle Veränderungen im Staat durch, die es unmöglich machten, die Macht zu verlieren. Anders als in Ungarn erhielt die PiS jedoch nie eine verfassungsändernde Mehrheit von den Wählern. Grundlegende Verfassungsänderungen (wie die schrittweise Beschneidung der Unabhängigkeit der Justiz) wurden daher mit Tricks und Kniffen durchgesetzt, die zu Streitigkeiten mit Brüssel und der Zurückhaltung von Mitteln für den Nationalen Wiederaufbaufonds führten.

Erfolg für die Opposition in einem ungleichen Kampf

Zweitens hat die Opposition einen Erfolg gegen einen manipulierten Wahlkampf erzielt.

Es ist erwähnenswert, dass moderne autoritäre Regierungen sich von der alten Methode der Wahlfälschung entfernen. Es ist viel besser, einen Wahlkampf so zu manipulieren, dass dem Gegner die Siegchancen genommen werden. Wenn man ihn jedoch einfach in das Machtspiel hineinzieht, kann man am Tag nach der Wahl erklären, dass alles in Ordnung war. Für Illiberale wie Orbán war dies eine viel stärkere Legitimation als eine banale Wahlfälschung nach dem Vorbild der ungarischen Kommunisten. Das Ausmaß der Ungleichheit im polnischen Wahlkampf erlaubt es, von einer Fälschung zu sprechen. Doch die Tatsache, dass die PiS nie von einer Mehrheit der Wähler unterstützt wurde und die Wahlen selbst nicht gefälscht wurden, hat der Opposition in diesem ungleichen Kampf eine Chance gegeben.

Rechtliche Minenfelder

Drittens: Der Staat ist rechtlich vermint worden. Die Politiker der künftigen Regierungskoalition sollten eine Politik der Minenräumung betreiben. Die wichtigste Mine ist das von der PiS dominierte Verfassungsgericht. Es ist nicht auszuschließen, dass die Institution, die über die Rechtsstaatlichkeit wachen sollte, nun die Rolle des Hüters eines illiberalen Kurses übernimmt. Die Frage bleibt auch, welche Rolle Präsident Andrzej Duda spielen wird. Seine Unberechenbarkeit erhöht seine Macht. Die Opposition wird sich jedes Mal fragen, ob der Präsident sein Veto gegen ein Gesetz einlegen wird. Außerdem werden so wichtige staatliche Institutionen wie die Nationalbank NBP, die Staatsanwaltschaft und die öffentlichen Medien noch lange unter einem gewissen Einfluss der PiS stehen. Der Prozess der Machtübernahme durch die Opposition wird schwierig sein - und diese Aussage ist ein Euphemismus.

Die Stärke der PiS ist ein Grund für Mobilisierung

Die starke PiS sollte jedoch die künftige Koalition zu einer engen Zusammenarbeit bewegen. Die etablierten Oppositionsparteien sollten einen diplomatischen Weg entwickeln, um hinter den Kulissen Kompromisse zu schließen. Auch eine kluge internationale Zusammenarbeit ist notwendig. Gegenwärtig hat der Kampf gegen die illiberale Wende eine globale Dimension. Die Populisten sagen uns, dass sie für die Souveränität kämpfen, um uns von der Tatsache abzulenken, dass sie in Wirklichkeit um das System kämpfen. Es ist ein Kampf, der in gewissem Sinne nie aufhört. Und hier ist die große Lektion nicht Ungarn, sondern Israel und die Bedrohung durch einen Benjamin-Netanjahu-Effekt. Eine bunte Opposition hat ihn für kurze Zeit aus dem Amt des Premierministers entfernt. Ein ähnliches Szenario steht in der Slowakei kurz bevor, wie Ficos Rückkehr an die Macht eindrucksvoll beweist. Und die PiS wird weiterhin im Sejm sitzen und die meisten Sitze erhalten.

Zsfg.: AV

<https://kulturaliberalna.pl/2023/10/17/panstwo-zaminowane-prawnie-co-z-tym-zrobi-przyszla-koalicja-jaroslaw-kuisz/>

Michał Kolanko: Politik kann nicht mehr so betrieben werden, wie es die PiS getan hat



Quelle: rp.pl

Für die Oppositionsführer beginnt nun ein entscheidendes Spiel - es liegt allein an ihnen, wie eine neue Politik aussehen wird.

*Ein Kommentar von **Michał Kolanko***

Am Mittwoch haben wir die ersten Informationen über die Pläne der Opposition, insbesondere der Bürgerplattform, erfahren. Und es zeichnet sich bereits ab, dass die Politik - so wie wir sie verstehen - in dieser Legislaturperiode in den Sejm zurückkehren wird, weil es nicht mehr möglich ist, Politik so zu machen, wie es die PiS acht Jahre lang getan hat - hauptsächlich in der Parteizentrale und nicht im Parlament. Das war möglich, weil die Politik von einer einzigen Kraft gemacht wurde. In der Nowogrodzka-Straße, wo sich die Zentrale der PiS befindet, wurden alle wichtigen Spiele gespielt. Es besteht kein Zweifel, dass sich dies nun ändern wird, da viele Absprachen zwischen verschiedenen Führern und mehreren Parteien getroffen werden müssen.

Schlussfolgerungen nach den Wahlen: PiS „hält die ganze Zeit die rechte Wand“

Es ist eine Binsenweisheit, dass die PiS-Zentrale Nowogrodzka ihre politische Macht verliert, zumindest für eine Weile. Aber mit dem schwächer als erwartet ausgefallenen Ergebnis der Konföderation wird die These vom Parteivorsitzenden Jarosław Kaczyński, dass die PiS „die rechte Wand hält“ - d. h. eine ernsthafte Bedrohung für sich selbst von rechts verhindert - durchgehend gültig bleiben.

Wenn die Opposition eine Regierung bildet - und darauf deuten die Wahlergebnisse schließlich hin -, wird der politische Kalender zu ihren Gunsten funktionieren. Spätestens bis zum Jahresende wird ein neues Kabinett gebildet, natürlich unter der Führung von Donald Tusk. Dies wird von allen unseren Gesprächspartnern der Opposition erwartet. Am Donnerstag, bei der ersten PO-Vorstandssitzung nach der Wahl, wird der Vorsitzende von der Partei als derjenige benannt, der die Aufgabe der Regierungsbildung übernehmen soll. Unseren Informationen zufolge wird der PO-Vorstand am Donnerstag auch über das Verhandlungsmandat für die Partei im Rahmen der Koalitionsgespräche entscheiden.

Die Koalitionsregierung wird vielfarbig sein. Wie wirkt sich das aus?

Die Opposition hat hier offensichtlich viel zu verlieren. Die Koalition, die das neue Kabinett bilden wird, wird wirklich bunt sein. Das ist allen bewusst, und deshalb gibt es in den Gesprächen, die ja schon laufen, kein Entrinnen. Sehr wichtig wird sein, wer zum neuen Sejm-Marschall gewählt wird. Und hier sollen zwei Szenarien im Spiel sein. Das erste ist, dass jemand von der Bürgerplattform [PO] das Amt übernehmen wird. Das zweite ist, dass die PO dennoch das hervorragende Ergebnis des Dritten Weges anerkennt und jemandem von den beiden - Szymon Hołownia oder Władysław Kosiniak-Kamysz - als Sejm-Marschall zustimmt.

Und natürlich wird es in den Zeiten einer neuen Politik noch mehr solcher unterschiedlichen Spielchen zwischen den Parteien geben. Denn die Macht des Dritten Weges bedeutet, dass diese neue Politik tatsächlich in vielerlei Hinsicht anders sein wird. Unter anderem vollzieht sich ein lang erwarteter Generationswechsel, der von Kosiniak-Kamysz und Hołownia eingeleitet wird. Und von ihrer Entschlossenheit wird sehr viel abhängen.

Was werden die Parteiführer des Dritten Weges in der neuen Regierung tun? Szymon Hołownia hat bereits angekündigt, dass er sich um das Klima und die Umwelt kümmert. Wir warten noch auf eine Erklärung von Władysław Kosiniak-Kamysz. Wir werden sehen, wie die Parteiführer der dritten politischen Kraft in der Praxis die Rollen im neuen Kabinett aufteilen werden. Denn je besser das Wahlergebnis ausfällt, desto höher sind natürlich auch die Erwartungen der Wähler.

Zsfg.: AV

<https://www.rp.pl/komentarze/art39290771-michal-kolanko-polityki-nie-da-sie-juz-uprawiac-tak-jak-robil-to-pis>

Wir haben ihnen eine Abreibung verpasst und was nun?



Quelle: wyborcza.pl

Von **Jacek Żakowski**

Diejenigen, die den autoritären Populismus unterstützt haben, müssen ins demokratische Lager geholt werden. Wir werden nicht alle überzeugen, aber wenn es gelingt, die autoritäre Rechte unter 20 Prozent der Stimmen zu drücken, wird die Demokratie relativ sicher sein.

Der Autor ist Kolumnist bei Polityka und Leiter der Abteilung für Journalismus am Collegium Civitas.

Die PiS hat eine Tracht Prügel bezogen. Das ist gut, richtig, gerecht und beeindruckend. In keinem Land, das von autoritären Populisten regiert wird, wurden sie mit einem solchen Knall niedergeschlagen. In den USA, in Brasilien, selbst in der Tschechischen Republik haben die Demokraten um Haaresbreite gewonnen. Und die PiS war – trotz aller Wahlmanipulationen – mit einem Verhältnis von 2 zu 3 unterlegen. Dieses Ergebnis ist ein großer Erfolg für Millionen von polnischen Demokraten. Wahrscheinlich der größte in der Geschichte.

In anderen Ländern schauen die Demokraten mit Neid auf uns. Und die politischen Freunde der PiS denken mit Bangen an die polnischen Wahlen. In diesem Sinne haben wir die Chance, wieder ein Trendsetter zu sein – wie 1989 - und mögen wir es sein.

Die Niederlage der autoritären Populisten öffnet den Weg zum Aufbau einer guten Gesellschaft und eines guten Staates in Polen, die Voraussetzungen für eine stabile Demokratie sind. Das demokratische Lager hat heute eine solche Chance, aber es ist nur eine Chance. Und zwar eine viel schwierigere als 1989.

Erstens, weil die Situation in der Landschaft der internationalen Trends eher der Gelegenheit von 1980 ähnelt, die mit dem Kriegsrecht endete. Um uns herum ist, wie T.G. Ash anmerkt, der autoritäre Populismus immer noch im Trend, so wie vor 43 Jahren nach einer kurzen Atempause der Kalte Krieg und nicht die Demokratisierung im Trend war. Der beeindruckende Erfolg der polnischen Demokratie kann, wenn er sich als nachhaltig erweist, den Trend ändern, aber es wird nicht einfach sein.

Zweitens: Die PiS und ihre Wähler werden weder jetzt noch nach dem Regierungswechsel im Weltall verschwinden. Mehr als ein Drittel der Wähler mag PiS. Viele werden wollen, dass sie zurückkehrt. Einige, darunter viele führende Politiker, werden sich radikalieren. Und es ist unmöglich, eine stabile Demokratie mit einem ständig rebellierenden Drittel der Wählerschaft aufzubauen. Denn eine einzige große Krise oder ein einziger Fehler kann aus 35 Prozent eine parlamentarische Mehrheit von 45 Prozent machen, d. h. einen weiteren Rückzug aus der Demokratie. Eine Demokratie, die mit einem solchen permanenten Buckel lebt, wird neurotisch sein, also wird sie keine gute Gesellschaft und keinen guten Staat aufbauen. Und so wird sie sich selbst zum Scheitern verurteilen.

Diese Situation bestimmt die Agenda der Demokraten für die kommende Wahlperiode. Die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit ist wichtig. Die Rechte der Frauen und die bürgerlichen Freiheiten sind wichtig. Rechenschaftspflicht ist wichtig. Der Wiederaufbau des Staatsapparats und des Ansehens Polens ist wichtig. Die Schlüsselstrategie wird jedoch darin bestehen, diejenigen, die am Sonntag den autoritären Populismus unterstützt haben, in das demokratische Lager zu ziehen. Wir werden nicht alle überzeugen, aber nur wenn es gelingt, die autoritäre Rechte bei den nächsten Wahlen unter 20 Prozent der Stimmen zu drücken, können wir unsere Demokratie wieder als relativ sicher betrachten.

Dieses Bewusstsein hat eine praktische Dimension, wenn sich die Führer der demokratischen Parteien zusammensetzen, um sich auf ein Koalitionsprogramm und die Zusammensetzung der künftigen Regierung zu einigen. Es ist allgemein bekannt, dass die Parteiprogramme unterschiedlich sind und dass dahinter unterschiedlich starke Wahlmandate stehen. Aber es kommt jetzt nicht darauf an, wie viel von ihren Wünschen in diesen Gesprächen durchgesetzt wird, sondern wie viel die Koalition schafft, um die Unterstützung für die Populisten zu verringern.

Es gibt Themen, bei denen man nicht schwanken darf. Frauenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Bestrafung von Schuldigen, freie Medien, Schulen und Wissenschaft. Alles andere muss sich an einem Kriterium messen lassen. Ob es dazu beiträgt, die Wähler des aktuellen Amtsinhabers auf die Seite der Demokratie zu ziehen. Andernfalls werden wir nicht einmal wissen, wann wir die Prügel, die wir Kaczyński verabreicht haben, selbst bekommen werden. Und dann werden wir noch länger auf eine Revanche warten müssen.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75968,30317668,spuscilismy-im-lomot-i-co-dalej.html>

Kiew und Brüssel - das sollten die ersten Besuche von Tusk sein. Noch bevor er Premierminister wird



Quelle: wyborcza.pl

Von **Bartosz T. Wieliński**

Wenn sich Europa im Krieg befindet und ein weiterer blutiger Konflikt an seinen Grenzen brodeln, kann unser Land nicht an der Peripherie bleiben, an die Jarosław Kaczyński es geführt hat.

In der Außenpolitik hat die PiS verbrannte Erde hinterlassen. Polens Beziehungen zur Europäischen Union, die mit Jarosław Kaczyńskis Zustimmung seit 2015 zerstört wurden, haben heute – nach einer Kampagne der Verleumdung gegen die Europäische Gemeinschaft – den absoluten Tiefpunkt erreicht. Polen wird nicht vertraut, das Wort des derzeitigen Premierministers hat in Brüssel keinen Wert. Der einzige europäische Verbündete der aktuellen Regierung ist der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán, der gerade mit Wladimir Putin in Peking konferiert hat, 600 Tage nach Russlands verbrecherischem Angriff auf die Ukraine.

Die Ukrainer hingegen werfen Polen Verrat vor. Die Beziehungen zu Kiew, die nach dem russischen Angriff von der gesamten polnischen Gesellschaft aufgebaut worden waren, wurden von der PiS in einem verzweifelten Versuch, die Macht zu verteidigen, geopfert. Führende PiS-Politiker griffen die Ukraine nicht nur an, sondern kündigten sogar an, den Ukrainern die Hilfe zu verweigern und ihnen die Tür nach Europa zu verschließen.

Die PiS ging sogar so weit, während des Wahlkampfes NATO-Geheimnisse zu verraten, was uns in den Augen der Verbündeten weiter diskreditierte. Und doch garantiert die NATO-Mitgliedschaft Polens Sicherheit.

Lass uns zeigen, dass wir zurück kommen

Polen ist das fünfte Land in der Europäischen Union, ein Land von strategischer Bedeutung für den Westen. Gerade jetzt, wo es in Europa Krieg gibt und sich an seinen Grenzen ein weiterer blutiger Konflikt anbahnt, darf unser Land nicht an die Peripherie abdriften, wohin Kaczyński es geführt hat. Gerade wegen der großen Spannungen in unserer Nachbarschaft kann eine außenpolitische Neuausrichtung nicht warten, bis Präsident Andrzej Duda (übrigens einer der Mitverschwörer in diesem Debakel) Ende des Jahres eine demokratische Koalitionsregierung ernennt. Von Polen muss das Signal ausgehen, dass das Land seinen rechtmäßigen, wichtigen Platz am europäischen Tisch wieder einnimmt.

Diese Aufgabe muss Donald Tusk übernehmen, der natürliche Kandidat der polnischen Demokraten für das Amt des Ministerpräsidenten. Der ehemalige Präsident des Europäischen Rates genießt im Ausland hohes Ansehen, er hat Kontakte, er hat die Fähigkeit.

Und Tusk sollte, noch bevor er Premierminister wird, so schnell wie möglich nach Kiew reisen und den Ukrainern versichern, dass eine freie Ukraine in der EU für Polen das Sein oder Nichtsein bedeutet. Und dass die neue polnische Regierung alles tun wird, um die Ukraine in ihrem Krieg mit Russland zu unterstützen.

Polen kann anderen Hoffnung geben

Er sollte auch so schnell wie möglich nach Brüssel gehen, um das Vertrauen zwischen Polen und der EU wiederherzustellen. Polen benötigt mehr als 30 Milliarden Euro aus dem Wiederaufbaufonds, der wegen der Verletzung der Rechtsstaatlichkeit durch die PiS eingefroren wurde. Tusk wird die Auszahlungen nicht freischalten, bevor er Premierminister wird, aber schließlich muss sichergestellt werden, dass Polen dieses - und andere EU-Gelder - nicht verliert.

Aber Europa muss vor allem gezeigt werden, dass Polen wieder da ist. Dass es durch die Mobilisierung von Menschen guten Willens möglich ist, den Populismus zu überwinden, der sich aus den Ängsten der Menschen speist. Schließlich warten nicht nur die Ungarn auf ein solches Signal und eine solche Hoffnung. Nationalistische Populisten sind in ganz Europa auf dem Vormarsch. Polen hat gezeigt, dass man sie aufhalten kann.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75399,30312585,kijow-i-bruksela-to-powinny-byc-pierwsze-wizyty-tuska-jeszcze.html#S.TD-K.C-B.5-L.3.maly>

Die PiS-Ballade vom Schachspieler, beziehungsweise unerlaubtes Wahldoping



Quelle: wyborcza.pl

Ein Kommentar von **Paweł Wroński**

Wer behauptet, dass diese Wahl ein Sieg der Demokratie war, der irrt. Denn Demokratie setzt die Gleichheit der Wahlchancen und die gleiche Gewichtung jeder Stimme voraus.

Die Demokratie setzt konstante Regeln mit ungewissem Ausgang voraus. Die PiS hatte beschlossen, diese Regel kreativ zu verändern. Die Idee war, dass die Wahl für die Wähler der PiS wie ein Lauf auf flacher Strecke sein sollte, während sie für die Wähler der Opposition ein Hindernislauf sein sollte.

Wahllokale neben Kirchen für die Gläubigen

Obwohl die PiS im März eine weitere Änderung des Wahlgesetzes vornahm, um die Stimmabgabe zu erleichtern und die Wahlbeteiligung zu erhöhen, war es unwahrscheinlich, dass die Wähler der Opposition in diese Erleichterung einbezogen wurden. Bisher wurden Bezirkswahlausschüsse an Orten eingerichtet, in denen mindestens 500 Wahlberechtigte registriert waren. Die PiS führte eine Untergrenze von 200 Wählern ein. In ganz Polen wurden weitere 3.500 Kommissionen eingerichtet (insgesamt 31.073), nur nicht in den Orten, in denen die Wahlbeteiligung bisher am höchsten war und die Auszählung der Stimmen am längsten dauerte. Jarosław Kaczyński selbst machte keinen Hehl daraus, an welche Wählerschaft sich diese Verneigung richtete - an jene Wähler, die nach dem Kirchgang wählen möchten.

Im Gegensatz dazu hat der von der PiS dominierte Sejm den Vorschlag der staatlichen Wahlkommission, die Anzahl der Sitze in 21 Bezirken aufgrund demografischer Veränderungen zu ändern, nicht aufgegriffen.

Die ersten Anträge wurden von der Staatlichen Wahlkommission gestellt, als die PO-PSL-Koalition regierte, aber nach acht Jahren PiS-Regierung wurden die Veränderungen noch deutlicher. Im Allgemeinen ging das Stimmengewicht in den Großstädten, insbesondere in Warschau, zurück, während er in den bevölkerungsärmeren Bezirken, in denen die PiS bisher dominiert hatte, relativ zunahm. Nach verschiedenen Schätzungen gewinnt die PiS etwa 11 Sitze hinzu.

Wähler im Ausland nicht gern gesehen

Ein Wähler, der seine Stimme im Ausland abgeben wollte, wurde benachteiligt. In letzter Minute richtete der Wahlkommission 417 Kommissionen ein, fast 100 mehr als 2019, aber die Menschen mussten in einigen europäischen Hauptstädten immer noch mehrere Stunden Schlange stehen. Zugleich wurde die Briefwahl eingeschränkt. Außerdem stimmten die Wähler im Ausland mit der Angst ab, dass ihre Stimme nicht gezählt wird, denn nach dem Willen des Gesetzgebers (d. h., der PiS) waren die Bezirke im Ausland verpflichtet, die Stimmen innerhalb von 24 Stunden auszuzählen. Andernfalls wird die Wahl für ungültig erklärt. Der Ombudsmann protestierte gegen diese eklatante Diskriminierung und Einschränkung des Wahlrechts.

Um die Wahlbeteiligung zu erhöhen, kam die PiS auf die Idee, wie in Ungarn die Wahlen mit einem landesweiten Referendum zu verbinden, dessen absurde Fragen die Hauptthemen der PiS-Propaganda widerspiegeln. Die Politiker der PiS waren sicherlich unangenehm überrascht, dass trotz der hohen Wahlbeteiligung bei den Parlamentswahlen und trotz der massiven Mittel, die für die Propaganda des Referendums aufgewendet wurden, diese Abstimmung wahrscheinlich ungültig sein wird, da weniger als 50 % der Wahlberechtigten teilgenommen haben.

Kommentar des Präsidenten zu den ungleichen Wahlen: Das ist normal

In einem Interview mit TVN 24 sagte Präsident Andrzej Duda auf die Frage, ob die Regierungspartei den Staatsapparat nutze, um ihre Wahlchancen zu erhöhen, dass dies normal sei. Er erinnerte an den Wahlkampf 2015, bei dem er angeblich von den Mainstream-Medien ignoriert wurde. Diejenigen mit einem besseren Gedächtnis erinnern sich jedoch wahrscheinlich daran, dass seine Reden damals live übertragen wurden, im Gegensatz zu den Reden von Donald Tusk und anderen Oppositionsführern, deren Tagungen die Zuschauer der öffentlich-rechtlichen Medien nur noch in Form bössartiger Parodien verfolgen konnten, bei denen einzelne aus dem Zusammenhang gerissene Aussagen die Propagandathesen des regierenden Lagers illustrierten. Gleichzeitig sollte man nicht vergessen, dass die öffentlich-rechtlichen Medien, die von allen Steuerzahlern bezahlt werden, die größte landesweite Reichweite haben und dass einigen Wählern effektiv andere Informationsquellen vorenthalten werden.

In der Geschichte der öffentlich-rechtlichen Medien nach 1989 hat es noch nie eine Situation gegeben, in der das Fernsehen TVP in ein Propagandaorgan der Regierungspartei verwandelt wurde. Die einstündige, verlängerte Ausgabe der „Nachrichten“ vom Freitag vor den Wahlen wird wahrscheinlich noch jahrelang Gegenstand der Forschung über offene und unterschwellige Propaganda sein. Es war vor allem diese Sendung, die die Wähler der PiS mobilisierte - Anhänger der Partei wandten sich an die Gegner der „TVP-Schleifen“ und nannten sie Verräter, Lakaien Deutschlands, Diebe.

Das öffentlich-rechtliche Fernsehen TVP ist seiner gesetzlichen Verpflichtung zur Durchführung einer Wahldebatte nicht nachgekommen, und sei es nur, weil eine Debatte Chancengleichheit und die Möglichkeit der Teilnehmer zum Gespräch voraussetzt. Der Zweck der angeblichen TVP-Debatte bestand darin, erneut die Propagandathesen der PiS zu präsentieren, diesmal mit einem Fragezeichen versehen. Und diese „Fragen“ dauerten länger als die minutenlangen Antworten.

Die Staatskonzerne und die Soldaten unterstützen die Partei

Die Wahlkampagne der PiS wurde von Staatskonzernen unterstützt, die mit PiS-Kandidaten besetzt waren. Ein Beispiel dafür sind die Propagandaaktivitäten der von PKN Orlen gekauften Medien und ihre Politik der künstlichen Senkung des Kraftstoffpreises, die bei den Wählern eine positive Reaktion hervorrufen sollte.

Zum ersten Mal in der Geschichte wurden die Streitkräfte im Wahlkampf eingesetzt, und zwar mit Unterstützung ihres Vorgesetzten, Präsident Andrzej Duda, der am 15. August die Thesen der PiS unterstützte und nicht gegen die Offenlegung der geheimen Verteidigungspläne des Landes durch Minister Mariusz Blaszczak protestierte. Diese sollten beweisen, dass die PO-PSL-Regierung beabsichtigte, Polen im Falle eines Konflikts mit Russland bis zur Weichsellinie an Moskau „auszuliefern“. Der Minister vergaß hinzuzufügen, dass dies die pessimistischste aller Optionen war und von einem Aufschub der Maßnahmen bis zum Eintreffen von Truppen der NATO-Verbündeten ausging.

Die Rivalität zwischen der Opposition und der PiS kann mit einem Schachduell verglichen werden, das Wojciech Młynarski in seiner berühmten „Ballade vom Schachspieler“ beschreibt, in der der „Schachmeister“ seinem Gegner vorschlägt: „Von nun an gibt es keine Fehler mehr, für einen deiner Züge, drei meiner Züge und für jede Spielfigur, die du schlägst, bekommst du eins auf die Nase.“

Und es endete auch wie in der Ballade: „Drei Figuren auf einmal hat er bewegt, meine Nase schwillt an, meine Ohren brennen, und das Lustigste ist, ich glaube, er wird dennoch wieder verlieren.“

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75968,30309264,pisowska-ballada-o-szachiscie-czyli-niedozwolony-doping-wyborczy.html>

ZITAT DER WOCHE



Quelle: [tvn24.pl](https://www.tvn24.pl)

„Die PiS-Leute wollen, dass die Opposition ihre Versprechen bereits jetzt erfüllt. Abgesehen von der Absurdität dieses Narratives habe ich eine wichtige Botschaft für sie: Millionen von Menschen haben die Opposition nicht so sehr deshalb unterstützt, damit sie ihr Programm umsetzt, sondern damit die PiS ihr Programm nicht umsetzt.“

Marek Migalski - Neuropolitologe an der Schlesischen Universität in Katowice. Mitglied des Europäischen Parlaments von 2009 bis 2014 (gewählt über die Liste der PiS).

Quelle:

https://m.facebook.com/story.php?story_fbid=pfbid02uRRtGBMZ66aSU7oK9Vvb2zqfL2SzZLU8j9Ns8VpmtTue5LcS7WaaYv9ES2JgUrz7I&id=100001061444745

zeit.de

Willkommen zurück

<https://www.zeit.de/2023/44/polen-wahlergebnis-opposition-pis-partei-rechtspopulismus>

wdr.de

Polen hat gewählt: Was bedeutet eine liberalere Regierung dort für uns?

<https://www1.wdr.de/nachrichten/polen-parlamentswahl-bedeutung-nrw-100.html>

zeit.de

Donald Tusk soll Koalitionsgespräche mit Bündnispartnern führen

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2023-10/polen-donald-tusk-koalitionsgespraechе-opposition>

tagesschau.de

"Neue Regierung wird zu Tricks greifen müssen"

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/polen-wahlergebnis-piotr-buras-100.html>

tagesspiegel.de

Ex-Präsident Aleksander Kwasniewski: „Die Polen haben keine gemeinsame Sprache mehr“

<https://www.tagesspiegel.de/internationales/ex-prasident-aleksander-kwasniewski-die-polen-haben-keine-gemeinsame-sprache-mehr-10609504.html>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik